

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.
Insertate
pro Spalte 25 Pf.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXIV.

Leipzig, Sonntag den 6. Juni 1886.

№ 65.

Zur Lehrlingsfrage.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt in der Nummer vom 30. Mai folgenden Artikel: „Die oppositionellen Blätter machen Stoffen darüber, daß in Berlin auch für solche Versammlungen die Genehmigung nicht erteilt worden sei, auf deren Tagesordnung Vorträge sich befänden, die ihrer Natur nach weder politischen noch sonst bedenklichen Charakters sein könnten. So sei z. B. die Versammlung eines Fachvereins, in der über Leichenverbrennung verhandelt werden sollte, beanstandet worden.“

Man wird diesen und ähnlichen Stoffen gegenüber die Frage stellen dürfen — und sie damit auch abgethan haben — in welchem Zusammenhange sich derartige Fragen mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Arbeiterstandes oder einer beruflichen Fachgenossenschaft von Arbeitern befänden. Gerade diejenigen, welche es mit den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter am ernstesten nehmen und welche am bereitwilligsten sind, an deren Förderung mitzuwirken, haben längst mit Bedauern beobachtet müssen, wie jener Interessenvertretung ganz fernliegende Dinge in die derselben angeblich gewidmeten Vereine förmlich hereingezerrt wurden, sobald sich nur irgendwie ein agitatorischer Zweck damit verbinden ließ.

Desto angenehmer wird man aber berührt, wenn man sieht, daß in dem Organe der deutschen Buchdrucker- und Schriftgießergewerkschaft, dem Correspondent, Fragen erörtert resp. zur Erörterung angeregt werden, welche die wirtschaftlichen Interessen dieser Arbeiterchaft auf das innigste berühren, ja die darüber hinaus diejenigen zahlreicher anderer Arbeiterchaften betreffen.

Innerhalb der Kreise der Buchdrucker ist man zur Zeit mit einer Tarifrevision befaßt; die Sache ist noch in den Vorbereitungen und daher zur öffentlichen Besprechung kaum schon geeignet. Zu dieser Tariffrage bringt inzwischen der Correspondent einen Artikel, der als einen „Hauptkrebsschaden“ dieses Gewerbes die „von vielen Prinzipalen betriebene Lehrlingsmishandlung“ bezeichnet, dem man bei dieser Tarifrevision zu Leibe gehen solle. Was über diesen Krebschaden angeführt wird, dürfte in anderen Gewerben ähnlich oder doch nicht viel anders liegen; der Correspondent schildert die Sache also: (folgt ein längeres Zitat aus dem Artikel „Zur Tariffrage“ in Nr. 59 des Corr.)

Die behufs Abhilfe gemachten Vorschläge laufen darauf hinaus, daß in den zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vereinbarten Tarif die Lehrlingsmaterie aufgenommen werde, daß der Beweis für die in der Lehre erlangte Ausbildung in der Leistungsfähigkeit nach der Lehre gefunden werden und daß zu diesem Zwecke die Prinzipals- und Gehilfenorganisation in Hand gehen solle. Den Erfolg einer solchen radikalen Regelung, in der dafür gesorgt wird, daß die Lehrgelt überall in Stadt und Land die gleiche — etwa vier Jahre — sei, und daß der Lehrling in der Lehrzeit nicht nur ausgenutzt, sondern auch wirklich ausgebildet wird, glaubt der Correspondent als schon in wenigen Jahren bemerkbar und „zum Heile der Prinzipale, zum Wohle der Gehilfen und zum Besten des ganzen Gewerbes“ gereichend bezeichnen zu dürfen.

Wir glauben, daß mit der hier berührten Frage nicht nur für den Buchdruck, sondern allgemein eine Frage angeregt ist, die für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und das Prosperieren der Gewerbe von größtem Belang ist. Auch erscheint der Gedanke durchaus sympathisch, daß sich die Prinzipal- und die Gehilfenorganisationen zu verbünden hätten,

um dem gewollten Ziele zuzustreben. Man hat nun von anderer Seite die Lehrlingsfrage zu einer speziellen Innungsangelegenheit machen wollen; auch im Buchdruckgewerbe, in welchem jetzt Innungsbildungen angestrebt werden, hat man sein Augenmerk nach dieser Seite gerichtet und soweit die Prinzipal- und Gehilfenorganisation in dieser Richtung gemeinsam etwas erreichen können, möchten ja auch wohl die Innungen der geeignete Faktor sein.

Aber selbst wenn obligatorische Innungen erreicht würden, so glauben wir doch nicht, daß die Berufsorganisationen gemeinsam etwas Durchgreifendes in jener Richtung werden erreichen können; wir meinen aber, hier liege ein so allgemeines und öffentliches Interesse vor, daß die Gesetzgebung eingzugreifen hätte.

Wie in anderen Dingen der Gesetzgeber aus allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingreift, so sollte auch die Frage wichtig genug erscheinen, ob jemand durch „Lehrlingsmishandlung“ dazu beiträgt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterchaft und der Unternehmerschaft seines Berufes zu schädigen, um einen ähnlichen Eingriff angezeigt erscheinen zu lassen. Denn ein Unternehmer, der in einem ungelunden Verhältnisse zu der Zahl der von ihm beschäftigten erwachsenen Arbeitskräfte Lehrlinge ausbildet resp. auch nicht „ausbildet“ — wirkt damit ebensowohl auf die Vermehrung des gewerblichen Proletariats hin, als er auch den solche Praktiken nicht übenden Unternehmern eine illoyale Konkurrenz bereitet.

Wir wünschten vor allem auch an diesen dem Correspondent entnommenen Beispiele zu zeigen, daß es wirtschaftliche Interessenfragen für die Arbeiterchaft gibt, die weit tiefergehend als die Lohnfragen, von den Arbeitnehmern erörtert werden können, ohne agitatorischen Elementen Platz zu gewähren, weil sie mit Notwendigkeit auf die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinführen.

Angesichts unserer Tarifbewegung ist es von großem Interesse, zu sehen, daß das Organ des Reichskanzlers die hohe Bedeutung einer gezielten Lösung der Lehrlingsfrage so scharf aufsaßt und nicht nur die in erwähntem Correspondent-Artikel empfohlenen radikalen Abhilfemaßregeln billigt und uns darin zustimmt, daß sich die Prinzipal- und die Gehilfenorganisationen zu verbünden hätten, um dem gewollten Ziele zuzustreben, sondern sogar, von der Ansicht ausgehend daß, selbst wenn obligatorische Innungen erreicht würden, diese etwas Durchgreifendes in jener Richtung nicht würden erreichen können, ein spezielles Eingreifen der Gesetzgebung für geboten hält.

Es wäre zu wünschen, daß sowohl die Gehilfen wie die Prinzipale hieraus eine neue Anregung zögen, in der Beschränkung der Lehrlingsmishandlung bei der bevorstehenden Tarifrevision einen entschiedenen Schritt zu thun und weiter die Prinzipalsorganisation der Einsicht einmal etwas näher rücke, daß ein Zusammengehen mit der Gehilfenorganisation in irgendeiner Frage, wenn es von Erfolg begleitet sein soll, gewisse Voraussetzungen bedingt, welche vom alten deutschen Buchdruckerverein eben nicht erfüllt wurden. Die Lohnfrage sowohl wie die Frage der Lehrlingsmishandlung und Schmutz-

konkurrenz sind doch wahrlich wichtig genug, um behufs Anbahnung einer Lösung derselben für das Zusammenwirken beider Organisationen eine passende ehrlich gemeinte Form zu finden. Können die Buchdrucker, Prinzipale wie Gehilfen, auf diesem Gebiete wirklich als „Pioniere“ gelten, so wäre das gar nicht so übel; aber Pioniere müssen bekanntlich arbeiten, hart arbeiten.

Die Anregung des gouvernementalen Dranges, daß der Gesetzgeber dem Lehrlingszüchter die Faust auf die Schulter lege, ist freudig zu begrüßen und es wäre sehr zu wünschen, daß ihr Folge gegeben würde. Uebrigens ließe sich im Rahmen der Berufsgemeinschaft ohne Schwierigkeit Abhilfe schaffen, wenn der Gesetzgeber die Berufsgemeinschaft zur Erhaltung ihres eigenen Proletariats anhielt. Müssen die Berufsgenossen hierfür zahlen — und die Buchdrucker würden da tief in den Beutel greifen müssen — so wird sehr bald ein jeder einzelne darauf hinwirken, daß in der Berufssphäre nicht mehr Leute ausgebildet werden als darin Unterkunft und Auskommen finden.

Für den unmittelbaren Zusammenhang von Lohnfrage und Lehrlingsfrage scheint die Nordd. Allg. Ztg. nicht das richtige Verständnis zu haben. Die Lehrlingsfrage ist mitbestimmender Faktor bei der Lohnfrage und insofern allerdings unter Umständen wichtiger, als die Lohnfrage selbst. Beide werden aber, wie die Vorgänge im Buchdruckgewerbe darthun, ihrer Lösung unzweifelhaft näher gebracht, wenn sie in Verbindung als wenn sie isoliert behandelt werden. Ohne „agitatorische Elemente“ mag wohl der Gesetzgeber auskommen; Berufsvereinigungen der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeiter können sie in wirtschaftlichen Fragen absolut nicht entbehren. Würden sich daher unter unseren Prinzipalen wie unter den Gehilfen nur recht viele agitatorische Elemente in der Lohn- und Lehrlingsfrage finden!

Korrespondenzen.

Apolda. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen der Mitgliedschaft Apolda in Nr. 55 des Corr. schreibt uns Herr Glaz daselbst im Einverständnis mit Herrn Wirth: Die drei Lehrlinge durften sich auf ihr spezielles Verlangen vorab nur auf Probe außer ihren Schulstunden im Geschäft zeitweise ein wenig umsehen und leisteten bei dieser Gelegenheit nur kleine Dienste. Nicht auf das Flugblatt blieb der eine Lehrling weg, sondern er wurde wegen unersichtlichem arroganter Benehmen plötzlich entlassen; der zweite war gewiß nicht unbrauchbar im Geschäft, weil er jetzt es in Jena erlernen will, sondern er wurde entlassen, weil er trotz Zusage ins Geschäft zu kommen, am Tage nach dem Jahrmaktt noch bummelte. Dem Vater des dritten hat Herr Wirth selbst das ihm noch unbekannt gewesene Flugblatt zur genaueren Durchsicht auf mehrere Tage ins Haus geschickt, doch wollte weder er sich an dessen Inhalt kehren noch der Zunge; dieser ist bis dato

noch ganz tüchtig im Geschäft. Den Vereinsmitgliedern ist nicht wegen Berechnens der Ueberstunden gekündigt worden, sondern weil sie in der Normalarbeitszeit nicht das Minimum zu leisten imstande waren und sich nicht getrauten, Herrn Wirths Vorschlag, im tarifmäßigen Berechnen zu arbeiten, anzunehmen.

r. Darmstadt. Auf der Tagesordnung der am 22. Mai stattgefundenen Versammlung der hiesigen Mitgliebschaft stand außer der Feier des Johannisfestes auch der Bremer Protest gegen die beiden bekannten Beschlüsse der Gothaer Generalversammlung. Eingeleitet wurde die Debatte durch den Vorsitzenden, der ungefähr folgendes ausführte: Wohl keinem der in Gotha anwesenden Delegierten, weder den Gegnern noch den Beförderern der betr. Anträge, sei es bei der unerwarteten Stellung derselben eingeleitet, daß deren Einbringung den Statuten zuwiderlaufe, sonst hätte eine Diskussion über dieselben wohl überhaupt nicht stattfinden dürfen. Nach der Generalversammlung habe der Vereinsvorstand insofern Stellung dazu genommen, als er das neue Statut mit der abgeänderten Delegiertenzahl als zu Recht bestehend im Vereinsorgane publizierte und es treffe in dieser Beziehung der Protest Bremen das Richtige, indem er nicht eine Annullierung, sondern nur eine hinauschiebung der Rechts Gültigkeit bezwecke, bis eine ordentliche Generalversammlung darüber entschieden habe. Was die Verlegung des Corr. betreffe, so sei dagegen entschieden Front zu machen: Die Nr. 16 des Leipziger Vereinsorgans zeige zu deutlich, welches der Grundgedanke für die Verlegung sei. Wer übrigens glaube, der Corr. werde es den Herren Großstädtern am Sitze des Vorstandes recht machen, der sei in einem gewaltigen Irrthum. Die Angriffe, welche sich jetzt gegen Härtel richten, würden dann dem Vereinsvorstande nicht erspart bleiben und wenn man eine Vermutung aussprechen dürfe, so sei die Verlegung des Corr. vielleicht der erste Schritt zur Erfüllung eines geheimen Herzenswunsches einiger Herren, die Leitung des Vereins mit der Zeit in die Hände zu bekommen. Zudem könne man nicht so einseitig einen abgeschlossenen Vertrag aufheben, da unser Verein durch die Aufnahme des Rechtszuges in den Bereich seiner Wirksamkeit doch deutlich genug dokumentiere, daß geschlossene Verträge für beide Teile bindend sein sollen. Er empfehle daher die Annahme des Protestes Bremen. Sämtliche Redner der gut besuchten Versammlung sprachen sich in demselben Sinn aus und es wurde der Protest mit allen gegen eine Stimme angenommen. — Einem Vorkommnisse in der Hohmannschen Buchdruckerlei sei noch Erwähnung gethan. Unsere Mitglieder in derselben hatten die Zahl vier erreicht, welche noch 10 $\frac{1}{2}$ Stunden arbeiten mußten. Nach Beschluß der Mitgliebschaft wurden dieselben bei Herrn H. vorstellig, diese Arbeitszeit in eine zehnstündige umzuwandeln. Herr H. zeigte sich auch dazu geneigt und meinte, die längere Arbeitszeit sei mit der Zeit ohne sein Zutun von früheren Gehilfen selbst eingeführt worden, und gab in allerdings zweideutigen Worten zu der Verkürzung um $\frac{1}{2}$ Stunde seine Genehmigung. Als unsere Mitglieder insofern Mittags erst um 2 Uhr anfangen, wurden sie von dem Faktor Wettengel (aus Plauen i. V.) mit den Worten empfangen, wie sie sich so etwas unterstellen könnten, und der jüngste sofort mit dem „Sack“ beglückt; 1 $\frac{1}{2}$ Stunde Mittagspause sei für so junge Leute vollständig genug. Am nächsten Tage beschied Herr H. den ältesten der Vier zu sich und sagte zu ihm, er habe sich besonnen und könne das Gesuch nicht gewähren; er wolle ihm aber zulegen, die Kondition sei dauernd, nur möge er aus dem „Verband“ austreten, er sei noch jung und sehe noch nicht ein, wieviel Geld er auf die Straße werfe. Er (Hohmann) sei ja früher auch „Verbandsmitglied“ gewesen, er habe aber eingesehen, daß man das Geld nützlicher anwenden könne. Unser Mitglied bis auf diesen Köder nicht an und sämtliche Vier hörten in 14 Tagen auf. Die Stellungen wurden durch einige Zwölfmarkleute und eine Anzahl Lehrlinge ausgefüllt. — Daß Herr Hohmann früher als „Verbandsmitglied“ nicht einsehen konnte, warum man täglich eine halbe Stunde umsonst arbeiten sollte, dürfte wohl auch auf Rechnung seiner damaligen „jugendlichen Unerfahrenheit“ zu setzen sein, daß er aber für die Interpretation des Tarifs eine ungemene Fähigkeit besaß, ließe sich durch zahlreiche Beispiele beweisen. — Herrn Wettengel, der die ganze Seele des Widerstandes gegen die gerechte Forderung der Gehilfen gewesen sein soll, trotz (wie man uns berichtet) seiner früheren „wütenden“ Vereinsmitgliebschaft, müssen wir einer besondern Feder überlassen.

B. Essen, 27. Mai. Infolge der bevorstehenden Rindung des Tarifs ist auch in die hiesige Kollegenschaft etwas mehr Leben gebracht worden durch Einberufung von allgemeinen Buchdruckerversammlungen, in denen die Tarifrage eingehend erörtert

wurde, Abänderungsanträge zum Tarife beraten und an den Vertreter des achten Kreises eingesandt worden sind. Außerdem erfolgte noch die Wahl einer fünfsgliederigen örtlichen Tariff Kommission. Wenn diese allgemeinen Versammlungen schon durchschnittlich leider nicht in dem Maße besucht waren wie es wohl der Wichtigkeit der Sache angemessen gewesen wäre, so bot die am 16. d. M. abgehaltene Versammlung ein noch klägliches Bild, denn von ca. 120 hier konditionierenden Gehilfen waren ungefähr 30 erschienen. Es zeigt dies von sehr wenig Interesse der hiesigen Buchdrucker für ihre wichtigsten Fragen und zu wünschen wäre es, daß der so stark um sich gegriffene Indifferentismus und die allen Verhältnissen gegenüber zur Schau getragene Gleichgültigkeit bald einer bessern Einsicht Platz machen werde. — Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Vorsitzende in längerer Rede einen klaren Ueberblick über den Stand der Tarifbewegung und erwähnte hierbei auch die von den Prinzipalen Bayerns gefaßte Resolution, nach welcher eine Erhöhung der Tarifpositionen jetzt unthunlich und zunächst die Durchführung des bisherigen Tarifs anzustreben sei. Redner betonte, daß die jetzige Tarifbewegung mit der beantragten Revision den Gehilfen von den Prinzipalen sozusagen aufgedrungen worden ist, da von dieser Seite ein bescheidener Antrag zur Abänderung einiger Punkte im Anhang des Tarifs zweimal zurückgewiesen wurde, daß ferner die Prinzipale in den Jahren 1876 und 1878, als sie den Antrag auf Revision des Tarifs einreichten, nicht darnach fragten, ob derselbe auch überall eingeführt sei, und daß ihnen seit 1878 Zeit und Gelegenheit genug geboten war, dem Tarife Geltung zu verschaffen, anstatt diejenigen Gehilfen zu maßregeln, welche für die Aufrechterhaltung desselben eintraten; den besten Beweis, wie von seiten verschiedener Prinzipale der Durchführung des Tarifs Hindernisse in den Weg gelegt wurden, lieferten die enormen Summen, die der U. B. für die Aufrechterhaltung der Tarifpositionen in den letzten Jahren ausgegeben habe. Die bayerische Resolution könne deshalb auch nicht dem Ernste der Situation entsprechend betrachtet werden. Von gleicher Wichtigkeit wie die Tarifrage sei aber die Lehrlingsfrage, deren Regelung durch Einfügung einer Lehrlingskassa in den neuen Tarif wenigstens in Aussicht stehe und zu wünschen wäre es, daß alle Kollegen ihr Hauptaugenmerk auf Einfügung derselben richten möchten. Sodann gedachte Redner noch der Maschinenmeisterbewegung, das selbständige Vorgehen der Maschinenmeister in der Tarifrage als sehr zweckmäßig bezeichnend. An diesen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich noch eine längere Debatte, in welcher hauptsächlich hervorgehoben wurde, daß wir einen Lohnausfall von 10 Proz., wie er thatsächlich seit 1876 eingetreten, nicht mehr ertragen könnten, da die Löhne mit der Teuerung der Lebensverhältnisse nicht gleichen Schritt gehalten hätten, besonders aber auch die Wohnungsmieten bedeutend im Preise gestiegen seien. — Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Beschlußfassung über die Weitererhebung einer bereits seit einem halben Jahr entrichteten wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. Die Veranlassung, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gestellt worden, war die Weigerung einiger Kollegen, diese Steuer weiter bezahlen zu wollen, da sie durchaus nicht einsehen könnten, zu welchem Zwecke das Geld angeammelt werden solle; falls sich die Verhältnisse so gestalten, daß eine Extrasteuer unbedingt nötig würde, wären sie gern bereit mehr zu geben. Diese Ansicht wurde von verschiedenen Rednern sehr abfällig kritisiert und offen der Meinung Ausdruck gegeben, daß solche Kollegen, denen jetzt 5 Pf. wöchentlich zu viel seien, auch im entscheidenden Moment kaum mehr, vielleicht überhaupt nichts beisteuern würden für die Zwecke der Tarifbewegung. Die Versammlung beschloß hierauf einstimmig, genannte Extrasteuer bis auf Widerruf zu erheben.

K. Leipzig. Die seinerzeit von Hamburg ausgegangene Anregung bezugs Abhaltung eines Maschinenmeistertages, welche bereits verfloßene Oftern sich verwirklichte, machte damals die Einberufung einer allgemeinen Maschinenmeisterversammlung hier selbst nötig. In dieser Versammlung, deren Beschlüsse Herr König (Hamburg) übermittleit wurden, sprachen sich sämtliche Redner nicht sympathisch über diese Anregung aus, waren vielmehr der Ansicht, daß die Ausarbeitung von Bestimmungen für den Druck auf weit einfachere Weise und ohne den immerhin kostspieligen Apparat eines Maschinenmeistertages geschehen könnte, wenn die von den Maschinenmeistern der verschiedensten Orte gestellten Anträge den Gehilfenmitgliedern der L. M. V. übermitteln und von diesen das auf solche Weise genommene Material verarbeitet würde, zumal ja ein Gehilfenvertreter Maschinenmeister sei. Auch der weitere Punkt, Gründung eines Maschinenmeisterbundes, sei nicht annehmbar, indem er dazu ange-

than erscheine, eine Spaltung in unsrer Organisation herbeizuführen. Von dieser Ansicht ausgehend, wurde einstimmig Ablehnung beider Punkte beschlossen. Nicht wenig erstaunt waren wir nun, als uns zwei Delegierte für die Vertretung des Kreises Sachsen gewissermaßen aufgedrungen wurden, obwohl Herr König als Einberufer von unsrer ablehnenden Haltung bereits in Kenntnis gesetzt war, zum Ueberflusse ging uns nach Abhaltung des Maschinenmeistertages noch ein Schreiben von Hamburg zu, nach welchem wir zu Gunsten der in Hannover gefaßten Beschlüsse unsern Tarifenwurf zurückziehen sollten. Um darüber nicht stillschweigend hinwegzugehen und unsern Entwurf, der in allen auswärtigen Versammlungen als Grundlage gedient hat, einfach zurückziehen, hauptsächlich § 1 der in Hannover beschlossenen Bestimmungen wegen, der eher als ein Rückschritt als Fortschritt zu bezeichnen ist, beschloß man in der am 15. Mai vom hiesigen Maschinenmeisterverein abgehaltenen Monatsversammlung Stellung zu den Beschlüssen des zweiten Maschinenmeistertages zu nehmen. Es sprachen sich in dieser Versammlung sämtliche Redner in mehr oder weniger scharfer Weise gegen den Entwurf aus und bezeichneten ihn als ungenügend und den heutigen Verhältnissen nicht entsprechend, desgleichen wurde die trotz der ablehnenden Haltung der hiesigen Maschinenmeister vorgenommene eigenmächtige Ernennung von Vertretern in derben Ausdrücken gerügt. Um § 1 etwas näher zu beleuchten, führen wir ein Beispiel an: Ein Maschinenmeister, welcher drei Maschinen verleiht, würde bei 24 Mk. Minimum 42 Mk. verdienen. Nach dem Leipziger Entwurfe müßten in diesem Falle mindestens zwei Maschinenmeister eingestellt werden, wodurch doch unsere Konditionslosen herabgemindert und so Angebot und Nachfrage geregelt würden. Diesen schwerwiegenden Punkt hat der Hannoverische Maschinenmeistertag nicht im Auge gehabt. Darin liegt hauptsächlich das Unannehmliche des § 1., weil hierbei der kraffte Egoismus zu Tage tritt. Würden wir auch von dem hier Angeführten absehen, so halten die Leipziger Kollegen das Bedienen von drei Maschinen aus naheliegenden Gründen überhaupt nicht für gut denkbar. Daß man, wie seinerzeit behauptet wurde, bequem drei Maschinen versehen könne, läßt auf Unkenntnis unsers speziellen Faches schließen und ist nur geeignet, die Anforderungen der Prinzipale an die Arbeitskraft zu erhöhen und die Zahl der Konditionslosen zu vermehren. Aus diesen und anderen Gründen beschloß die Versammlung, nachfolgende Resolution zum Beschluß zu erheben: „In Erwägung, daß der Entwurf Bestimmungen für den Druck des zweiten Maschinenmeistertages zu Hannover in seinem ersten Paragraphen keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt involviert, erklären die Leipziger Maschinenmeister, bei dem Leipziger Entwurfe zu beharren. Zugleich protestieren sie gegen die eigenmächtige Ernennung von Vertretern des Kreises Sachsen seitens des Maschinenmeistertages“. Da der hiesige Maschinenmeisterverein in dieser Beschlußfassung allein nicht kompetent ist, wurde per Zirkular sämtlichen Leipziger Maschinenmeistern obige Resolution zur Namensunterschrift unterbreitet und dies ergab 290 Unterschriften bei ca. 350 am Orte befindlichen Maschinenmeistern; rechnen wir Konditionslose und Patienten ab, so ergibt sich fast einstimmige Annahme.

Bundschau.

Von den Meisterwerken der Holzschneidkunst (Verlag von F. J. Weber in Leipzig) liegen uns die Lieferungen 1—6 des 8. Bandes in bekannter musterzüglicher Ausstattung vor. Ueber die xylographische Ausführung sowie über den Druck der einzelnen Schmitte läßt sich bei einem Werke, das eine so stattliche Anzahl Bände aufweist, kaum noch etwas sagen; die Schmitte der vorliegenden Hefte schließen sich in dieser Beziehung ihren Vorgängern würdig an. Die ausgezeichnete Druckbehandlung dieser Xylographien gelangt am augenfälligsten in denjenigen davon zum Ausdruck, welche plastische Kunstwerke wiedergeben; Ton und Farbengebung sind hier unübertrefflich. Auf den hohen Wert der Sammlung für Druckbesitzer wurde schon des Oftern hingewiesen; für den Kunstfreund bilden die trefflichen kurzen Erläuterungen zu den Bildern eine schätzenswerte Zugabe. Der Preis der Lieferungen (1 Mk.) ist ein sehr mäßiger.

Das fünfte Heft des Archivs für Buchdruckerkunst (Alexander Waldow in Leipzig) führt die Abhandlungen Verzeichnis und Erklärung der gebräuchlichsten Kunstausdrücke und die Einrichtung von Druckereien weiter und bespricht eine der Maschinenfabrik von Klein, Forst & Sohn Nachfolger in Johannisberg patentierte Schriftformen-Regulir-Vorrichtung. Die Abteilungen Zeitschriften- und Bilderschau, Rezepte und Mannichfaltiges sind wie gewöhnlich

recht inhaltreich. Die Beilagen enthalten einen farbigen Prospekt und ein Blatt Rechnungsstüpe. Außerdem liegen dem Hefte drei Schriftprobenbeilagen und eine Farbenprobe bei.

Der Berantwortliche der Königlich Volkszeitung wurde von der Anklage der Beleidigung des Reichs-kanzlers, wegen der ihm der Staatsanwalt 500 Mk. zugebracht, freigesprochen.

Das gegen die Potsdamer Nachrichten wegen Beleidigung eines Hauptmannes eingeleitete Strafverfahren wurde, nachdem der Beklagte dem Gericht verschiedene Beweismaterial eingereicht, eingestellt, weil des Hauptmanns vorgesetzte Behörde das eingeleitete Strafverfahren einer weiteren Verfolgung nicht für wert hielt.

Eine eigentümliche gerichtliche Entscheidung wurde in München gefällt. Hofrat Hanfstängel hat betreffs des Bildes „Kleeblatt“ vom Maler Desregger das Recht derervielfältigung auf photographischem, z. Bruckmann das derervielfältigung auf xylographischem Weg erworben. Bruckmann machte sich die Sache bequem und bediente sich zur Publikation des Bildes in seiner Zeitschrift „Die Kunst für Alle“ der Photographie als Hilfsmittel zur Phototypie. Darauf klagte Hanfstängel und obwohl Bruckmann geltend machte, daß bei der Phototypie die Photographie nicht Endzweck, sondern nur Hilfsmittel sei, gab das Landgericht doch dem Kläger Recht und erkannte auf Einziehung der Druckplatte und der mit Beschlagnahme belegten Exemplare der genannten Zeitschrift.

Die Kranken- und Begräbniskassen der Deutschen Gewerksvereine hatten im Jahr 1885 eine Einnahme von 1029299,04 Mk., eine Ausgabe von 865000,81 Mk. und demnach einen Ueberschuß von 164298,23 Mk. Das Gesamtvermögen beträgt 394550,66 Mk. (pro Mitglied 8,80 Mk.), der Reservefonds 93759,50 Mk., die Mitgliederzahl 44839.

In Görlitz wurde ein Zimmergeselle zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er einen Kollegen durch die Worte: „Schäme Dich, daß Du hier arbeitest, da Deine anderen Kollegen streiken, wenn Du im Winter nicht verhungert bist, wirst Du im Sommer auch nicht verhungern!“ zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt.

In Richmond im Staate Michigan erscheint ein Blatt mit dem Titel The Smiths, welches die ausschließliche Aufgabe hat, sich mit allen den Personen zu beschäftigen, welche den Namen Smith führen.

Gestorben.

In München am 17. Mai der Gelehrte Georg Oberweger, 25 Jahre alt; am 1. Juni der Gelehrte Hermann Weiß, 32 Jahre alt.

Frieskassen.

Wir werden erucht richtig zu stellen, daß der Gelehrte Roggow in Braunschweig (i. Nr. 61 des Corr. unter Gestorben) an Geistesstörung litt (es fand sich ein krankhaftes Gewächs im Gehirn), was als die Ursache seines freiwilligen Todes anzusehen sein dürfte. — G. in Berlin: War schon eingegangen. — M. Wogau: Ihr feuilletonistischer Bericht über den Ausflug muß leider Stoffandrang halber abgelehnt werden. — G. R. in B.: Eingegangen.

Vereinsnachrichten.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im Monate Mai 1886.

1. Tarif. Für 4 Mitglieder in Weklar, je 3 in Berlin, Leipzig und Freiburg, 2 in Danzig und je 1 Mitglied in Braunschweig, Dresden, Mainz, Stettin und Wesel, welche wegen Eintretens für den Tarif arbeitslos geworden sind, wird die Unterstützung nach § 2 bewilligt.

2. Umzugskosten. Bewilligt 3 verheirateten Mitgliedern in den Gauen Oberrhein, Rhein und Schlesien je ein Beitrag zu den Umzugskosten.

3. Rechtschutz. Einem Mitglied im Gau Frankfurt-Hessen wird der Rechtschutz bewilligt, weil dasselbe klagbar gegen den Prinzipal vorzugehen beabsichtigt wegen sofortiger Entlassung (ohne Kündigung).

4. Invalidentasse. Als Invalidenten wurden angemeldet: In Hamburg der Gelehrte H. C. Schinz, in Leipzig die Gelehrte Otto Meyer und Karl Wilh. August Wagner und in Braunschweig der Drucker Friedrich Brathäring.

5. Krankenkasse. Mit Ordnungsstrafen wurden belegt: in Berlin 2 Mitglieder und in Breslau, Dresden, Hagen, Hannover, Karlsruhe, Landsberg a. W., Rieneburg und Samter (Posen) je 1 Mitglied. — Ausgeschlossen auf Grund der statutarischen Bestimmungen in den Verwaltungsstellen: Chemnitz 7 Mitglieder, Leipzig 5, Essen 3, Schwerin 2, Hannover und Speier je 1 Mitglied. — Neu aufgenommen: in Leipzig 77, Berlin 35, Essen und Frankfurt je 17, Dresden 14, Flensburg 11, Schwerin 9, Altenburg

und Breslau je 6, Chemnitz und Freiburg je 5, Posen 3 und Speier 2 Mitglieder.

6. Verwaltung. Infolge mehrerer Anfragen, wie seitens des Vorstandes die in § 23 des Statuts enthaltene Vertretung der Gawe bei der Generalversammlung interpretiert werde, erklärt derselbe, daß in dieser Hinsicht nur in der Steigerung (anstatt früher bei 200 jetzt bei 300 Mitgliedern) und der konsequenten Durchführung derselben eine Aenderung eingetreten sei. In Zukunft haben sonach Gawe über 300, 600, 900 z. Mitglieder je einen weiteren Delegierten zu wählen. Anschließend hieran wird bezüglich der eingegangenen Proteste (Delegiertenzahl und Verlegung des Corr.) eine längere Kundgebung beraten, welche die Stellung des Vorstandes zu dieser Angelegenheit kennzeichnet. (S. übrigens Nr. 63.) — Anlaßlich des 20jährigen Gedenktages unsrer Organisation (20. Mai) wurde ein größeres Zirkular ausgearbeitet, welches, mit dem Protokolle der außerordentlichen Generalversammlung verbunden, an sämtliche Mitglieder des Vereins zur Versendung gelangte. — Bestätigt die Neuwahl der Ortsverwaltung zu Königsberg. — Genehmigt die Reglements der Gawe Nordwest, Ober und Schlesien. — Eingegangen die Jahresberichte der Gawvorstände in Altenburg, Berlin, Dresden und Stettin, sowie derjenige des Zentral-Komitees des schweizerischen Typographenbundes.

7. Geschäftsverkehr. Eingegangen 376, abgegangen 663 Postsendungen.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 9. Juni abends 9 Uhr: Vereinsversammlung in Orschels Salon, Sebaltsanstraße 39. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Aufnahmegehilfe. 3. Der Entscheid des Hauptvorstandes in betreff des Bremer Protestes. 4. Fragekasten.

Verein Leipziger Buchdrucker-Gesellen. (Gawverein Leipzig.) Freitag den 11. Juni abends 1/9 Uhr: Hauptversammlung im Kristallpalast. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Festsetzung des Entrees zum Johannisfest. 3. Antrag Ender's: Ausführung der Gothaer Beschlüsse betr. 4. Fragekasten.

Saalgau. Aus der durch Urabstimmung vorgenommenen Wahl des Gawvorstandes gingen hervor: S. Hammer, als Vorsitzender; H. Zardel, Kassierer; G. Eckart, Schriftführer. Zu Beisitzern wurden gewählt die Herren: F. Kirken, H. Maes und R. Michael.

Bezirk Dortmund. Die Feier des diesjährigen Johannisfestes findet am Sonnabend den 26. Juni nachmittags 5 Uhr in Dortmund in den Räumen des Gewerbevereins statt. Die Kollegen benachbarter Druckorte werden hierzu freundlichst eingeladen.

Bezirk Frankfurt a. M. Laut Beschluß der Bezirksversammlung vom 19. Mai ist die Druckerei des Intelligenzblattes (Firma J. O. Holzwarth Nachf., H. Minjon) für Mitglieder des U. B. D. B. geschlossen und zieht Konditionsannahme den Ausschluß aus dem Vereine nach sich.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu senden):

In Frankfurt a. M. die Gelehrte I. Aug. Faust, geb. in Rödelheim 1868, ausgeleert in Bodenheim 1886; 2. Jean Lückhardt, geb. in Hersfeld 1867, ausgeleert in Ulfeld 1884; waren noch nicht Mitglieder. — H. Schrader, Neuer Wall 27.

In Halle a. S. der Gelehrte Karl Klein, geb. in Viehstich 1866, ausgeleert in Brüß (Wöhmen) 1884. — Konrad Eichler, Knapps Buchdruckerei.

In Mainz die Gelehrte 1. Franz Glück, geb. in Mainz 1863, ausgeleert daselbst 1882; 2. Sebastian Koch, geb. in Günzburg a. d. D. (Bayern) 1857, ausgeleert in Augsburg 1874; 3. Franz Weiß, geb. in Mainz 1857, ausgel. daselbst 1877; waren schon Mitglieder. — A. Grundel, Birnbaumsg. 9/10.

In Meissen der Schweizerdegen Emil Richard Feiste, geb. in Kieselbach bei Leisnig 1864, ausgeleert in Kolbitz 1882. — R. Heyde in Dresden, Königsbrücker Straße 40.

In Stuttgart der Gelehrte J. O. Becker, geb. in Unterbrüden 1849, ausgeleert in Stuttgart 1866; war schon Mitglied. — C. Werner, Schloßstraße 55.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Frankfurt a. M. Es wird erucht, dem Gelehrten Friedrich Mayer aus Jülfeld 1 Mk., welche er zu wenig zahlte, abzugeben und an den Reisekasseverwalter H. Pfeiffer, Goldberggasse, einzusenden.

Halle a. S. Herrn O. Wünnig aus Hamburg: Sie befinden sich im Irrtum wenn Sie annehmen, daß in der Rgl. Klinik zu H. ein einheitlicher Berpflegungssatz besteht, ein dießbezüglicher Antrag liegt der Verwaltung wiederholt vor; bei Genehmigung desselben wird Ihnen der etwa sich ergebende Ueberschuß zurückgezahlt werden.

Buchdrucker-Unterstützungsverein für Bayern.

Augsburg. Herr Emil Busser, Gelehrte aus Freiburg i. Br. (Nr. 600, I.), wird hiermit behufs Beantwortung einer Frage um baldmöglichste Angabe seiner jetzigen Adresse gebeten. — Robert Hauschild, Klaudefstraße 13.

Zur Aufnahme hat sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu senden):

In Ansbach der Gelehrte M. Ehold, geb. in Gohlis-Leipzig 1860, ausgeleert in Leipzig 1878; war früher Mitglied des B. Leipz. B. G. — Albert Jäger in Nürnberg, Bördere Landauer Gasse 4.

Arbeitsmarkt.

Konditions-Angebote und „Gesuche für den „Arbeitsmarkt““ sind direkt unter Beifügung des Betrags (pro Zeile = 18 Silben 15 Pf.) an die Expedition einzusenden. Zitelzeilen sind ausgeschlossen. Offertenvermittlung findet nicht statt.

Konditions-Gesuche.

Suche als junger tüchtiger Gelehrte sofort oder später Stellung. Offerten erbeten an Karl Kühn, Kiel, Annenstraße 5.

Anzeigen.

Eine Buchdruckerei-Einrichtung

fast neu, wird zu billigem Preis abgegeben. Offerten werden erbeten unter M. S. 53 postlagernd Leipzig, Hauptpostamt. [843]

Für eine im flotten Betriebe befindliche, gut ausgestattete, vor zirka 3 Jahren gegründete Buchdruckerei wird ein tüchtiger, solider Fachmann mit einer Einlage von 10000—15000 Mk. als Teilhaber gesucht. Die Buchdruckerei befindet sich in einer mittlern Stadt Nordböhmens, in sehr industrie-reicher Gegend und ist noch größerer Ausdehnung fähig. Mit derselben ist eine wöchentlich mehrere Male erscheinende Zeitung, ohne Konkurrenz, verbunden. Offerten befördert unter O. K. Nr. 842 die Exped. d. Bl.

WER

an die Exped. des Vereinsblattes in Straubing 20 Pf. in Briefm. einsendet, erhält ausführl. Nachweis über zwei zu kauf. rent. Druckereien mit Blattverlag. [838]

Gebrauchte Maschinen.

Eine Sigische Doppelmaschine mit Kreisbewegung, Cylinderfärbung, Selbstausleger u. Bogenschneider. Satzgröße 68:100 cm.

Eine Sigische einf. Schnellpresse mit Eisenbahnbewegung, Cylinderfärbung, Selbstausleger und Bogenschneider. Satzgröße 52:78 cm.

Eine König & Bauersche einf. Schnellpresse mit Eisenbahnbewegung, Cylinderfärbung, Selbstausleger u. Bogenschneider. Satzgröße 55:85 cm.

Obige Maschinen sind in unsrer Maschinenbauanstalt in allen Teilen vollständig wie neu hergerichtet und werden von uns unter vollkommener Garantie zu billigsten Preisen bei kulantesten Konditionen abgegeben. [858]

J. M. Huck & Ko.

Schriftgießerei, Utensilien- u. Maschinenhandlung
Offenbach a. M.

Zur Errichtung einer Buchdruckerei wird ein tüchtiger solider Fachmann als Teilhaber gesucht. Offerten sind zu richten an K. D. 64, postlagernd Leipzig, Hauptpostamt. [844]

Wir suchen zum Antritte per 28. Juni einen Schriftseher welcher mit der Galvanoplastik vollständig vertraut ist. Schmidt & Günther, Martneufkirchen i. S. [860]

Ein tüchtiger Handpressendruker sofort gesucht von A. Simonis jr., Koblenz. [863]

REINHARDT & BOHNERT

Leipzig, Kochstrasse 4.

Fabrik von Metall-Utensilien

und Maschinen für Buchdrucker.

A. Kraft, Tischlerei
 Berlin S.
 Brandenburg-Strasse 24
 fertigt

Regale, Schriftkästen

Setzschiffe
 etc. in sauberster Arbeit
 und versendet
 darüber illustrierte Preislisten.



Gutenberg-Haus, Franz Franke
 Mauerstr. 33, Berlin W., früher Danzig.

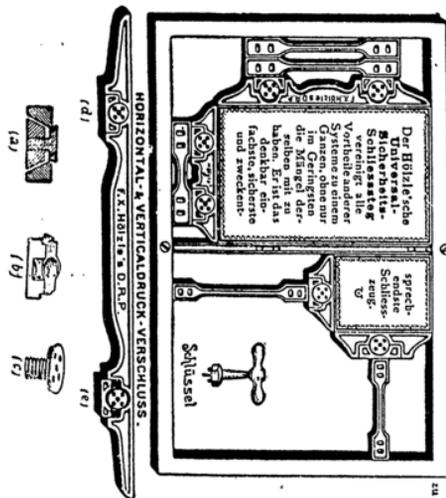
Zur Lieferung kompletter
Buchdruckerei-Einrichtungen

mit allen erforderl. Maschinen, Schriften und Utensilien zu kulantesten Bedingungen halte ich mein altnormiertes Haus bestens empfohlen.

NB. Langjährige Erfahrungen als praktischer Buchdrucker setzen mich in den Stand, Buchdruckerei-Einrichtungen grösseren oder kleineren Umfanges in richtigem Verhältnis und den gewünschten Zwecken entsprechend zusammenzustellen, jedes Uebermaass in den Anschaffungen zu vermeiden und dadurch den Kostenpunkt verhältnismässig zu verringern. Wer sich vertrauensvoll an mich wendet, dem wird über alles Information erteilt und er erspart dadurch an Zeit und Geld.

Franz Franke.

Spezialität:
 Tiegeldruckmaschine Deutsche Perle, neuverbesserte Handhebel-Schnellpresse; Stereotypie-Apparate, Holz-Utensilien, Walzenmasse, 'Unicum', Waschbürsten etc.



Zu beziehen von
F. X. Hölzle, München, Karlstrasse 104.

Für 1 Mark werden die **Memoiren eines österr. Handwerksburschen**, 30 Bogen, portofrei zugesandt. Wer 50 bestellt, erhält das Exempl. für 50 Pf. Auf je 5 Expl. 1 frei! Nebenverdienst für Invaliden und Konditionslose. **C. Kahapka**, Schriftsetzer, Altenburg.

Den Herren Zeitungsbesitzern

empfehlen, als **zugkräftig und billig**, die von uns herausgegebenen **tendenzfreien** Zeitungsbeilagen. **Illustrierte Unterhaltungsblätter** (acht- und vierseitig), mit Originalbeiträgen erster Schriftsteller (wöchentlich erscheinend). — **Illustrierte achtseitige Unterhaltungsblätter** mit integrierendem **Mode- und Heimteil** (wöchentlich erscheinend).

„**Mode und Heim**“, praktische illustrierte Frauenzeitung (vierzehntägig erscheinend). **Wochenschr. für die Interessen der Landwirte**, Universabblatt für Landwirtschaft, Handel und Verkehr (acht- und vierzehntägig). **Landwirtschaftliche Beilagen**. In Verbindung mit diesen Beilagen: **Viele Gratis-Zugaben**, wie **tendenzfreie** Reichs- und Landtagsberichte, Briefkasten für juristische, landwirtschaftliche und finanzielle Anfragen, Preisrätsel etc. Als Ersatz für die zwei- und dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitungen hat sich bewährt die von uns herausgegebene, **tendenzfreie**, sogenannte

Kopflöse Zeitung, in den beiden inneren Seiten mit allem Wissenswerten bedruckt. Vorteile des Bezugs der kopflösen Zeitung: **Bedeutende** Ersparnis gegenüber der Selbsterstellung, imposantes Format, gutes Papier, zuverlässigste Redaktion, rascheste Veröffentlichungen. — Ferner empfehlenswert: **Gewinnlisten der Königlich preussischen Klassenlotterie** in druckfertigen **Stereotyp-Platten** und **Beilagen**. (Ungefähre Veröffentlichungsparität mit Berlin.) — **Galvanos** humoristischer etc. Original-Holzstöcke und **Feuilleton-Material** billigt.

Probenummern sämtlicher Verlagssachen mit Bezugseinzelheiten gern gratis zur Verfügung. [726

Berlin W. 64, Behrenstrasse 22b. John Schwerins Verlag, Aktien-Gesellschaft.

SCHRIFTGISSEREI
J. M. HUCK & Co
 Offenbach a. M.

Filialen: Breslau u. Barcelona.

Specialitäten:
 Erzeugung von Original-Novitäten in Schreib-, Rondo- und Zierschriften, Einfassungen, Ornamenten, Passepartouts etc. Vignetten und Polytypen.

Einrichtung von Buchdruckereien incl. neuer oder gebrauchter Maschinen binnen kürzester Zeit und zu günstigsten Conditionen.

Maschinenbauanstalt.
 Lager aller Buchdruck-Utensilien.

Neuheiten:
 Architectonische Ornamente.
 Mediaeval-Schreibschrift mit Init.
 Accidenz-Vignetten.

□ Stereotypie, Galvanoplastik. □

Die Schriftgiesserei
EMIL GURSCH
 Berlin S., Prinzenstr. 12

empfeht
 ihr reichhaltiges Lager von Buch-, Zier- u. Titelschriften, Einfassungen etc. etc.

Umgüsse nach System Didot.
 Bestes Hartmetall.
 Kompl. Einrichtungen neuer Druckereien.

BEIT & PHILIPPI
 Fabrik von schwarzen und bunten
BUCH- & STEINDRUCK-FARBEN
 FIRNISSEN.
„HAMMONIA“ WALZENMASSE.
HAMBURG & STASSFURT.

Niederlage in Leipzig
 bei
F. Cavael, Thalstr. 15.

BERGER & WIRTH
 fruher G. Hardegen
 Gegründet 1823

Fabrik von schwarzen und bunten
BUCH- & STEINDRUCK-FARBEN
 Firnissiederei Russbrennerei
VICTORIA WALZENMASSE
LEIPZIG.

Gebr. Grünebaum
 Fachtischlerei, Bürgel-Offenbach.

— Gegründet 1850. —

Regale, Setzkästen und Zinkschiffe, gut und dauerhaft gearbeitet; grosser Setzkasten 5 Mk., kleiner Setzkasten 3 Mk.
 Probekästen und illustrierte Preiskourante auf Verlangen.

Putzwolle

gute Ware — billigstes Reinigungsmaterial — ist in kleineren Pösten abzugeben. Offerten an die Exped. d. Bl. unter „Putzwolle“.

Den Herren Zeitungsverlegern
 empfehlen wir das in unserm Verlag erscheinende
Muffrierte Unterhaltungsblatt
 als zugkräftige **Sonntagsbeilage**.
 Gediegener Inhalt, vorzügliche Illustrationen, gute Ausstattung, günstige Bedingungen.

M. Saafes
 Buchhandlung und Buchdruckerei
 Rathenow. [859]

Selbststellen besetzt; den Bewerbern meinen Dank.
Kleinowstr., Grimmen. [861]

Bei unsrer
Abreise nach Amerika
 sagen wir sämtlichen Kollegen herzlich Lebewohl.
 Berlin, im Juni 1886.
Paul Werseburger. Freix Fürst. [862]

Durch die Expedition des Correspondenten in Leipzig-Neuditz sind alle Fachschriften zu beziehen. Gegen Einsendung des nebenstehenden Betrags franco:
 Buchdrucker-Salamander, pro Stck 10 Pf., bei 10 Stck à 5 Pf.

Herausgegeben in Vertretung des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker von Franz Sulz in Stuttgart.
 Für die Redaktion verantwortlich: Richard Härtel in Leipzig-Neuditz. — Druck von Julius Näfer in Leipzig-Neuditz, Kurze Straße 6.
 Hierzu eine Beilage.

Korrespondenzen.

∞ Braunschweig, 13. Mai. (Vereinsbericht.) Die Versammlung vom 4. April d. J. hatte als Hauptpunkt die Besprechung und Beschlußfassung über den Lokalzuschlag zur Tagesordnung. Es hatten sich ganze 15 Mitglieder eingefunden, so daß eine Einigung bald erzielt wurde. Es wurde zugegeben, daß der Bezirksvorstand ein Recht habe, angeichts der hiesigen flauen Beteiligung an der Tarifbewegung pessimistisch zu sein. Infolge dieser Flauheit beschloß denn auch die Versammlung, eine Erhöhung des Lokalzuschlags nicht zu fordern, sondern den bisherigen zehnpromzentigen Zuschlag beizubehalten. — Einer regern Beteiligung hatte sich die Versammlung vom 9. Mai zu erfreuen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden teilte der Kassierer Herr Ksmus den Massenbericht über das 1. Quartal 1886 mit. Derselbe weist folgende Posten auf:

Einnahmen:	
Allgemeine und Gaukasse	Mk. 717,90
Zentral-Znvalidentkaffe	" 332,00
Zentral-Krankenkaffe	" 824,50
Vorschuß vom 4. Qu. 1885	" 200,00
Summa	Mk. 2074,40

Ausgaben:	
Allgemeine und Gaukasse:	
Reise-Unterstützung	Mk. 18,15
Arbeitslosen-Unterstützung	" 32,00
Sonstige Unterstützung	" 5,00
Porto	" 10,94
Verwaltung	" 7,18
Zentral-Znvalidentkaffe:	
Verwaltung	" 3,32
Zentral-Krankenkaffe:	
Unterstützung 247 Tage à 2 Mk. resp. 50 Pf.	" 426,50
Verwaltung	" 8,25
Summa	Mk. 511,39

Rekapitulation:	
Einnahmen	Mk. 2074,40
Ausgaben	" 511,34
Ueberschuß	Mk. 1563,06

An die Gaukasse Mk. 1363,06
 Vorschuß pro 2. Quartal Mk. 200,00

Herr Schwetteje bestätigte als Revisor die Richtigkeit der Abrechnung. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Bei Besprechung der Tagesordnung des bevorstehenden 19. hannoverschen Goutages nimmt Herr Gordian das Wort bei dem Punkte: "Stellungnahme des Gauses zur Tarifbewegung." Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Obwohl die Tarifrage hier im Vereine schon genugam erörtert sei und es jedem klar sein müsse, wie sich der Bezirksverein Braunschweig zu dieser Angelegenheit zu stellen habe, eventuell wie die betreffenden Delegierten für Braunschweig sich in dieser Angelegenheit auf dem Goutage zu äußern hätten, so halte er es doch für notwendig, noch einmal das Wort zu ergreifen, um sich gegen Vorwürfe zu verteidigen, welche in letzter Zeit betr. seiner Stellungnahme in der Tarifrage gegen ihn erhoben und um seinen Aeußerungen noch einiges hinzuzufügen. Wichtig sei, daß er ein Gegner der Tarifbewegung zur jetzigen Zeit sei, er habe sich ferner dahin geäußert, daß viele der im Corr. enthaltenen Artikel über die Tarifrage von Leuten geschrieben seien, welche sich ziemlich weit vom Schusse befinden und daß ein aktives Eintreten in die Tarifbewegung viele Einzelinstanzen ruiniere und die Existenz des U. B. D. B. in Frage stelle. Dies halte er in jeder Beziehung aufrecht. Wenn ihm untergeschoben werde, er halte eine Revision des Tarifs, speziell eine Befreiung der so sehr unwarer, ebenso halte er eine Regelung des Beschlingensystems für dringend notwendig. Zur Sache selbst wolle er noch bemerken: Im Anfange der jetzigen Bewegung habe man sich auch auf vorerwähnte Punkte beschränkt, aber jetzt gingen die Forderungen bedeutend weiter; man lege das Hauptgewicht jetzt auf Erhöhung des Lokalzuschlages. Dieses ginge aus dem Bericht über die Berliner Versammlung in der Philharmonie, welche von 1500 Personen besucht war, deutlich hervor; derselbe lasse durchblicken, daß man in Berlin vor allen Dingen wieder den früheren, allerdings gerechtfertigten Lokalzuschlag von 33 1/2 Proz. herstellen wolle. Die Berliner Prinzipale würden aber auf keinen Fall frei-

willig einen höhern Lokalzuschlag bezahlen als die Leipziger (?) und zwar aus Konkurrenzrücksichten, und sie seien in stand, einen etwaigen Streit auszuhalten. Wir haben 2000 Mitglieder in Berlin, 800 Nichtmitglieder und eine große Anzahl Lehrlinge. Von den Mitgliedern würde bei eintretender Arbeitseinstellung ein nicht zu unterschätzender Teil abfallen; die Prinzipale würden also immer noch so viel Arbeitskräfte zur Verfügung haben als zur Herstellung der dringendsten Arbeiten (Zeitungen zc.) nötig sind und die sonstigen Lücken seien bald durch von allen Seiten zuströmende Arbeitskräfte ausgefüllt. Ein Streik in Berlin dürfe jedenfalls nicht wochenlang dauern, sondern müsse in wenigen Tagen erledigt sein, hierzu gehöre aber eine eben solche Beteiligung wie 1876; daß solche vorhanden bezweifelt Redner. In Leipzig seien die Prinzipale wohl nicht abgeneigt, einen höhern Lokalzuschlag zu zahlen, aber sie verlangten dort, daß dann in der Provinz ebenfalls ein höherer Lokalzuschlag eingeführt werde. Nachdem der Redner die 50er und 63er Lohnbewegungen erwähnt hat, kommt er auf die 73er zu sprechen. Zwar habe man in diesem Jahre die Alphabettrechnung erkämpft und einen einheitlichen Tarif geschaffen, aber seitdem treibe auch die Lehrlingswirtschaft ihre traurigen Früchte; die Folgen derselben hätten sich bei der 76er Bewegung in Berlin gezeigt. Die dortige Niederlage sei eine Niederlage für ganz Deutschland gewesen. Der U. B. D. B. zähle allerdings 14000 Mitglieder, aber er (Redner) glaube, daß hier von nur etwa 9000 aus Neigung zum Gewerkevereine dem U. B. angehörten, der Rest der Klassen wegen, und auf diese letzteren sei bei einer Tarifbewegung nicht zu rechnen. Rechne man noch ca. 8000 Nichtmitglieder, welche sich einer Tarifbewegung nicht anschließen werden, so müsse nach Ansicht des Redners eine solche Bewegung fehlschlagen. Der letzte Vereinsbericht aus Braunschweig sei, mit einer Note der Redaktion versehen, im Corr. erschienen, in welcher es heiße: nach unserm Recepte könne man ja in zehn Jahren mal wieder bei den Prinzipalen anfragen, ob eine Tarifbewegung gewünscht werde. Hierauf erwidere Redner: Erregenes werde man sich gewiß nicht leicht wieder nehmen lassen, aber schwer sei es, unter den heutigen Zeitverhältnissen auf dem Tarifgebiete neues zu erringen; müsse man hiernach noch zehn Jahre warten, so sei dies allerdings zu bedauern, aber nicht zu ändern. Für die vollständige Einführung des jetzigen Tarifs müsse aber jetzt überall energisch vorgegangen werden. Schließlich verwaht Redner den Bezirksvorstand gegen den gegen denselben erhobenen Vorwurf der Lauheit. Der Bezirksvorstand habe wohl Veranlassung, die Lage pessimistisch anzusehen, denn gerade hier am Orte seien sehr flau Zustände; 1873 sei eine ganz andre Stimmung unter den hiesigen Kollegen gewesen und trotzdem sei der damalige Streik verloren gegangen und dem damaligen Vorstande würden noch jetzt Vorwürfe hierüber gemacht. — Der folgende Redner betrachtet die jetzige Zeit ebenfalls nicht passend für eine Tarifbewegung. 1876 habe man den Streik in Berlin leichtsinnig begonnen und derselbe sei verloren gegangen, ein ähnliches Schicksal würde der Streik haben, welcher infolge der jetzigen Bewegung entstünde. Wenn in der Note zur letzten Braunschweiger Korrespondenz seitens der Redaktion des Corr. bemerkt werde, man könne ja die Revision des Tarifs den Prinzipalen überlassen, so glaubt Redner hierin einen Etich gegen seine Person zu finden, den er entschieden zurückweisen müsse; er bitte aber gleichzeitig um etwas genauere Berichterstattung. Der Vorsitzende gibt die Erklärung ab, daß der Bericht mit Genehmigung des Vorstandes abgesandt sei, um den Standpunkt Braunschweigs in der Tarifrage klarzulegen. Die Delegierten Braunschweigs müsse man instruieren, für die ganz energische Einführung des jetzigen Tarifs einzutreten. Herr Schwetteje schließt sich dem eben Gesagten an. Die Delegierten möchten dem Goutage die hiesigen Verhältnisse so schildern wie sie wirklich liegen; man möge sich eben bestreben, bis zum 1. Oktober den alten Tarif hier zu voller Geltung zu bringen. — Herr K. Mac tritt dem Vorredner bei. Ganz energisch müsse man hier zu erreichen suchen, was andere Orte schon lange haben. — In gleicher Weise äußert sich Herr Krüger. Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden, daß die Delegierten die hiesigen Verhältnisse in den wirklichen Farben dem Goutage unterbreiten. — Der 6. Punkt der Tagesordnung des

Goutages bildet die Besprechung über die Beschlüsse der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlung des U. B. D. B. Herr Krüger wünscht, der hannoversche Gau möge sich seinem Nachbargau Nordwest in betreff des Bremer Protestes gegen die Beschlüsse der Generalversammlung in Gotha anschließen oder denselben wenigstens unterstützen. Herr Gordian: Er stehe auf dem Boden des Bremer Protestes und sei gegen die Berliner und Leipziger Anträge. Von jeher hätten die Berliner Delegierten in den Generalversammlungen dominieren wollen, besonders in Dresden, wo man dem U. B. habe die Berliner Produktivgenossenschaft aufgehoben wollen. Die feindselige Haltung Berlins gegen Härtel rühre wohl daher, weil derselbe sich in früheren Jahren schon mehrere male mißliebig über das eigenmächtige Vorgehen Berlins geäußert habe, besonders bei Gelegenheit des Märscher Streiks während der Landtagsession. Die Leipziger stehen ebenfalls mit Härtel schon lange auf dem Kriegsfuße; man könne es diesem Mann eben nicht verzeihen, daß er sich so emporgeschwungen habe. Den Beschlüssen der Generalversammlung müssen wir uns fügen, was haben aber der Corr. und sein Redakteur verbroschen, daß sie von Leipzig fort sollen? Härtel sei ja für eine Tarifbewegung eingetreten, was wollten denn die Großstädte noch mehr? In dem Vorgehen Leipzigs gegen Härtel kennzeichnete sich eine sehr niedrige Gesinnung; wenn man in Leipzig sage, der Bremer Protest sei von Härtel gemacht, so seien derartige Verdächtigungen gar nicht mit Worten zu bezeichnen, sie bedeuten eine Heiligung für den Bremer Verein. Bei Wiederaufnahme des Leipziger Vereins in den U. B. hätte man darauf dringen müssen, daß das Organ des erstern zu erscheinen aufhöre, denn dieses Blatt nütze durchaus gar nichts, sondern stütze nur Unfrieden. Den Reformleuten traue Redner nicht zu, einen U. B. D. B. leiten zu können. Durch die Beschlüsse der Gothaer Versammlung seien die meisten Mitglieder überumpelt worden. Der Bezirksverein Braunschweig möge sich dem Bremer Proteste einfach anschließen und dem Goutage möge ebenfalls den Bestrebungen der Leipziger ein energisches Paroli zurufen. — Der Vorsitzende erklärt, trotzdem er in der Generalversammlung gegen diese Anträge gewesen sei, könne er es doch niemals für Recht finden, daß der Vorstand gefasste Beschlüsse außer Kraft setze, dazu habe er kein Recht. Nach dem jetzigen Wahlsysteme käme Leipzig und Berlin aber die höhere Delegiertenzahl zu; im übrigen möge man die Angelegenheit mit dem Bremer Proteste nicht zu weit treiben, denn in gegenwärtiger Zeit thue Einigkeit vor allen Dingen not. Herr Puntigam pladiert ebenfalls für Erhaltung der Einigkeit, die Beschlüsse der Gothaer Versammlung seien vorläufig rechtsgültig und müßten innegehalten werden. Herr Günther will ebenfalls nicht, daß die betr. Beschlüsse annulliert werden, tabelt aber die Verlegung des Corr., welcher dadurch zum Vorstandsblatte gemacht werde. Herr Gordian tritt diesen Ausführungen teilweise entgegen. Die drohende Uneinigkeit sei nicht erhebtlich; in jeder großen Korporation kämen hin und wieder ähnliche Sachen vor. Die betr. Beschlüsse sollten ja auch gar nicht aufgehoben, sondern nur inhibiert werden. Den Großstädten nütze die stärkere Vertretung in den Generalversammlungen nicht einmal viel, denn die Provinz sei mitunter gar nicht in der Lage, sich den von den Großstädten durchgedrückten Beschlüssen fügen zu können. Folgende von Herrn Krüger-Wolfenbittel eingereichte Resolution wird angenommen: "Die heutige Versammlung des Bezirks Braunschweig billigt die Tendenz des Bremer Protestes, hält aber die Ungültigmachung der Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung im Vereinsinteresse nicht für ratsam." — Die Versammlung erklärt sich weiter einverstanden mit dem 8. Punkte der Tagesordnung des Goutages, Antrag von Göttingen: für die arbeitsunfähigen Kranken, welche länger als 13 Wochen Unterstützung beziehen, sind die Beiträge zur B. K. K. aus der Gaukasse von der 14. Woche ab zu entrichten. — Bei Punkt 9 der Tagesordnung beschließt die Versammlung den Delegierten freie Hand zu lassen. Der betr. Punkt betrifft den Antrag Dnabrücks, welcher erwerbsfähigen Kranken nur noch die Kosten für Arzt und Apotheke gewähren will. — Zu 10 der Tagesordnung des Goutages wird vorgeschlagen, auf dem Goutage dahin zu wirken, daß die etwaigen Ueberschüsse aus dem Gau-Znvalidentfonds an Wittwen und Waisen von Buchdruckern resp. Schriftgießern

im Gau Hannover verteilt werden. — Nachdem hier- nach die Kandidatenliste für die Delegiertenwahl aufgestellt und mitgeteilt war, daß nach dem Gau- tag eine Versammlung in Wolfenbüttel stattfinden wird, erfolgte der Schluß der Versammlung. Wir haben uns über die Braunschweiger Stellung zur Tariffrage sowohl wie über den Bremer Protest zur Genüge ausgesprochen, können uns also weitere Worte sparen. Red.)

R.-s. **Emden**, 27. Mai. In dem Artikel „Nach- trägliche Betrachtungen“ in Nr. 26 des Corr. ist mit vollem Rechte Beschwerde darüber geführt worden, daß vor der außerordentlichen Generalversammlung nicht in allen Gauen (nur Schleswig-Holstein machte befanntlich eine rühmliche Ausnahme) ein Gaultag stattgefunden; ferner wurde des näheren ausgeführt und klargestellt, wie man es leicht hätte machen können, ohne den Gaultagen auch nur einen Pfennig Mehrkosten aufzubürden, eine Verschiebung des Zeitpunktes zur Abhaltung der Gaultage stattfinden zu lassen, um auch den Mitgliedern in den kleinen Orten der einzelnen Gawe Gelegenheit zu geben, an der Vorbereitung so hochwichtiger Fragen, wie sie die Tagesordnung zur außerordentlichen Generalversammlung bot, teilzunehmen. In dem Bericht über die Verhandlungen des letzten Nordwest-Gaultages (s. die Beilage zu Nr. 59 des Corr.) ist nun folgender Passus zu lesen: „... und hierbei Veranlassung nehmend, den Artikel in Nr. 26 des Corr., in welchem fast sämtlichen Gauvorständen der Vorworte über die Nichtanberaumung von Gauversammlungen gemacht wurden, dahin richtig zu stellen, daß statuten- gemäß (?) aus Mangel an Zeit (?) keine Versammlung hätte berufen werden können, da zur Beantwortung des Zirkulars des Vereinsvorstandes nur sieben Tage Zeit vorhanden waren.“ Ob nun der Herr Gauvorsitzer wirklich in diesem Sinne sich geäußert hat oder ob hier ein Versehen des betr. Herrn Schriftführers vorliegt, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls aber will ich nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß von einer Richtigstellung des Artikels in Nr. 26 des Corr. keineswegs die Rede sein kann. Die Worte, daß „zur Beantwortung des Zirkulars des Vereinsvorstandes nur sieben Tage Zeit vorhanden waren“, können sich doch nur auf dasjenige Zirkular mit der Frage an die Gauvorstände, ob überhaupt eine außerordentliche Generalversammlung berufen werden sollte, beziehen! Nachdem die Majorität der Gauvorstände diese Frage bejaht hatte, konnte erst zur Einberufung der Generalversammlung geschritten werden, welche denn auch am 17. Januar (die Abstimmung der Gauvorstände fand am 2. Januar statt) erfolgte, und zwar auf einen Termin, daß zwischen der Einberufung und dem Zusammentritte der Generalversammlung die im § 23 des Statuts festgesetzte Frist reichlich vorhanden war. Die Gauvorstände hätten also Zeit genug, eine Gauversammlung noch vor der Generalversammlung stattfinden zu lassen, ohne in den meisten Fällen selbst gegen die Statuten zu verstoßen. Zum Beispiel schreibt die Geschäfts- ordnung des Nordwestgawes vor, daß die Tages- ordnung einer ordentlichen Gauversammlung drei Wochen, die einer außerordentlichen acht Tage vorher bekannt zu geben ist; und so sehr divergierend dürften diese Fristen in den Statuten der anderen Gawe wohl nicht sein, als daß nicht, von höchst ver- einzelt Fällen abgesehen, fast ausnahmslos in allen Gauen die Abhaltung eines Gaultages vor der Generalversammlung zu ermöglichen gewesen wäre. Wie man also in Bremen von einer Richtig- stellung des qu. Artikels in Nr. 26 des Corr. sprechen resp. sich herbeilassen konnte, eine solche zu versuchen, dürfte in anbeacht der vorbeschriebenen Umstände ebenso unerklärlich erscheinen wie die Thatfache, daß dieser Richtigstellungsversuch auf dem Nordwestgaul- tage von keiner Seite Widerspruch gefunden hat. Ueberhaupt scheint man auf diesem eine gar ab- sonderliche Eile mit dem „Fertigwerden“, um das man schon Wochen vorher besorgt war, gehabt zu haben. Obgleich nämlich eine Aenderung der Ge- schäftsordnung auf der Tagesordnung stand, wurde doch der Antrag der hiesigen Mitgliedschaft, in dem betr. Paragraphen einzuschalten: „Auf keinen Fall dürfen aber von einem und demselben Bezirke mehr als sechs Delegierte gewählt werden“, abgelehnt, weil er — nicht vorher eingereicht war! Auf diesen Gegenstand komme ich bei nächster bester Gelegen- heit speziell zurück.

A. **Hensburg**, 24. Mai. Seit dem letzten von hier geschriebenen Berichte haben verschiedene Ver- sammlungen das Interesse der Mitglieder stark in Anspruch genommen. Vor allem sind die Beratungen über die Revision des Tarifs zu erwähnen. Wie schon früher mitgeteilt, wurde eine neunköpfige Kommission gewählt, welche einen Entwurf zur Revision des Tarifs auszuarbeiten hatte, um solchen

dann der Mitgliedschaft zur Beschlußfassung vor- zulegen. Die Kommission hatte sich denn auch mit großem Fleiß eingehend ihres Auftrages entledigt, so daß in den beiden Versammlungen, in welchen die Beratung dieser Angelegenheit vor sich ging, nur einige, teilweise unwesentliche Aenderungen vorge- nommen wurden. Im allgemeinen wurde das Prin- zip aufrecht erhalten, die vielen im jetzigen Tarife bestehenden Vereinbarungen zwischen Prinzipal und Seher zu streichen und an deren Stelle überall die Norm aufzustellen, daß der betreffende Satz im gewissen Gelde nach dem Durchschnittsbedienste des Sehers zu berechnen sei. Nur zu dem § 29 hatte die Kommission keine Anträge gestellt, sondern es der Versammlung überlassen, Stellung zu diesem Para- graphen zu nehmen. Es entspann sich denn darüber auch eine 1½stündige Diskussion, welcher haupt- sächlich die Frage: „Gewisses Geld“ oder „Berechnen“ zu Grunde lag. Einige Herren sprachen sich ganz entschieden für die Akkordarbeit aus, indem durch diese die Leistungsfähigkeit eines Sehers am besten festgestellt werde. Wenn vielfach gesagt werde, daß durch Einführung des Zeitlohnes die Zahl der auf der Landstraße sich befindenden Kollegen reduziert würde, so sei dies nur eine Hypothese und keines- wegs ein Faktum; wenn letztere Annahme auch ein- trete, so würden dadurch die Arbeitslokale überfüllt und deshalb auch schon in sanitärer Hinsicht der obligatorische Zeitlohn vorzuziehen, wie denn auch die Prinzipale schwerlich des neuen Modus wegen die Arbeitsräume vermehren resp. vergrößern würden. Von entgegengesetzter Seite wurde bestritten, daß die Berechnungsweise die technische Leistungsfähig- keit des Sehers am sichersten konstatiere; im Gegen- teile würde durch das Akkordsystem dem Pfluchertume Vorschub geleistet, indem mancher berechnende Seher nur darauf sehe, möglichst viele Zeilen zu setzen, ohne sich wegen der nicht korrekten Ausschließung derselben Gewissenskrupel zu machen. Auch würde durch die Berechnungsweise insofern der Lehrlings- wirtschaft Vorschub geleistet, als Eltern; durch die guten Löhne der berechnenden Zeitungsetzer ver- lockt, ihre Söhne dem Buchdruckgewerbe zuführten. Ein definitiver Antrag zum § 29 lag nicht vor und es wurde deshalb die Diskussion als ein bloßer Meinungsaustrausch betrachtet. Bezüglich des § 30 wäre noch zu erwähnen, daß der Passus, wonach dem Prinzipal überlassen bleibt Neuausgeleiterten nach Vereinbarung zu zahlen, sowie daß in Städten bis zu 10000 Einwohnern gestattet ist, das Mini- mum auf 18 Mk. herunter zu setzen, gestrichen. — Nachdem schon am 10. April die Bremer Reso- lution zur Debatte gestellt war und in dieser Versammlung zu dem betr. Punkt ohne weitere Diskussion Uebergang zur Tagesordnung beschlossen wurde, stand dieselbe Angelegenheit am 22. Mai zum zweitenmal auf der Tagesordnung und zwar auf Wunsch verschiedener Mitglieder, weil in der ersten Versammlung die betreffende Angelegenheit wohl etwas zu stark übers Knie gebrochen war. Der Vorsitzende besprach denn auch in längerem Vortrage die Sache und zwar in dem Sinne, daß er die Gothaer Beschlüsse als statutenmäßig behandelte be- zeichnete. Bezüglich der Delegiertenzahl seien die Großstädte bisher als Stiefkinder behandelt worden; erst in der Gothaer Generalversammlung sei das Prinzip der Gleichberechtigung zur Geltung ge- kommen. In betreff der Verlegung des Corr. referiert Redner über die Gründe, welche die General- versammlung zu diesem Beschlusse bewogen hätten; er habe übrigens in der Generalversammlung er- klärt, daß die Verlegung des Corr. an den Sitz des Vereins vor Ablauf des mit dem jetzigen Redakteur vereinbarten Kontrakts nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung möglich sei. Infolge der Erklärungen des bisherigen Redakteurs habe er geglaubt, daß ein bezüglicher Einvernehmen sich werde arrangieren lassen. Redner bebauert unter Hinweis auf den redaktionellen Artikel im Corr. ebenfalls, daß die Zweidrittel-Majorität in einfache Majorität um- gewandelt sei; bei seiner Ankunft in Gotha sei dieser Beschluß schon gefaßt gewesen. Protestiert habe er gegen denselben nicht, weil der Dresdner Buch- druckertag, welchem seinerzeit ein neues Statut zur Beratung vorgelegen, ebenfalls mit einfacher Mehr- heit beschlossene habe, ohne daß dieses irgend einen Protest hervorgerufen hätte. Schwank, Kühler, Krause und Weißbach sprechen sich in ganz der- selben Weise gegen die Bremer Resolution aus, es wurde u. a. auch betont, daß man umsonst an der Gültigkeit der Beschlüsse festhalten müsse, als andernfalls der Vorstand die bestrittenen Punkte (wenn dieselben statutenwidrig) nicht zur Debatte ge- stellt haben würde. Für die Resolution sprach sich nur Arff aus, indem er, fukend auf dem Artikel im Corr., „Die höchste Instanz“, die Beschlüsse der Gothaer Versammlung als nicht zu Recht bestehend

betrachtet. Ebensovienig kann er sich für die jetzige Delegiertenzahl erwärmen; die Verhältnisse und Interessen in einem verzweigten Gau seien so ver- schiedene, daß eine größere Vertretung höchst not- wendig sei, um zur Geltung zu kommen, wogegen die Vertreter der Großstädte durch genaue Orien- tierung über die Verhältnisse in ihrer Stadt ihre Wünsche auch durchzuführen vermöchten mittels einer nicht so zahlreichen Vertretung. Die Gründe gegen die Verlegung des Blattes seien für ihn nicht stichhaltig, er erfuhe deshalb um Annahme der Reso- lution. Schließlich wurde die Resolution mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. — Seit Jahresfrist lag es schon in der Absicht der Mitgliedschaft, die hiesige renommierte Walthersche Papierfabrik zu besichtigen, ohne daß es jemals dazu kam, bis endlich das Projekt am 11. April ausgeführt wurde. Mit liebenswürdiger Bereitwilligkeit stellte denn auch die Firma einen erfahrenen Mann als Führer zur Disposition, welcher den Besuchern die von den be- scheidendsten Anfängen jetzt zu einem großartigen Etablissement herangewachsene Fabrik bis in ihre kleinsten Details zeigte und erklärte. Mit großer Befriedigung verließen die Kollegen die „Papier- mühle“, wünschend, daß auch anderen Mitgliedschaften ähnliche Gelegenheiten geboten würden. — Am 15. Mai feierten die hiesigen Mitglieder mit ihren Damen im Vereinslokale, der Restauration Klinkmann, das 20jährige Bestehen des deutschen Buchdrucker- bandes resp. des U. B. D. B. Nachdem der Vor- sitzende Herr Feiskmann in längerer Rede die histo- rische Entwicklung unsrer Organisation den Fest- teilnehmern vor Augen geführt, folgten bald ernste und heitere Vorträge, Chor- und Sololieder in bunter Reihe, sodas die Stimmung bis zum Schluß eine höchst animierte blieb. In Verbindung mit dieser Feier wurde gleichzeitig die von Herrn Faktor C. Müller dem Vereine Gutenberg geschenkte Gutenberg- büste enthüllt und eingeweiht, welche jetzt mit dem Konjöl und dem in den Buchdruckerfarben künstlerisch ausgeführten Transparent eine schöne Fierde unse- res Vereinslokals bildet. Die Büste mit Konjöl, welche ein wirkliches Kunstwerk repräsentiert, hat eine Höhe von 1,6 m und ist durch die Verfertiger, Bildhauer Goofe & Meyer hier selbst, zu beziehen. (Preis: Büste 25 Mk., Konjöl 8 Mk.)

○ **Halle a. S.**, 29. Mai. Gestern bezug unfer bereyter und alleseitig geschätzter Gaultaglicher Herr Hermann Tardel das Jubiläum seiner 25jährigen Thätigkeit als Buchdrucker. Die Kollegen der Hende- schen Offizin ließen diesen Tag nicht vorübergehen, ohne dem Jubilar ein sichtbares Zeichen ihrer Liebe und Achtung darzubringen und überreichten ihm am Abend nach einer kurzen Ansprache des Faktors Herrn Renne eine äußerst geschmackvoll hergestellte Fruchtchale und ein geschliffenes Bierseidel mit ent- sprechender Widmung. Sichtlich überrascht und freudig bewegt nahm der Jubilar diese aufrichtige Sympathie- bezeugung seiner Kollegen entgegen. Möge er wie bisher noch manches Jahr in fruchtbringender Thätig- keit seine Kräfte dem U. B. weihen.

* **Karlruhe**. Am Sonnabend den 22. Mai beging der Kollege August Grieshaber, in der Braunsch- Hofbuchdruckerei konditionierend, sein 50jähriges Be- rufsjubiläum. Der Jubilar ist der vierte unter den Sehern der Offizin, die ein halbes Jahrhundert und länger in ihrem Berufe thätig sind, und da er seit 41 Jahren in der Braunsch Hofbuchdruckerei thätig und mit deren Geschäfte förmlich verwachsen ist und sich auch allgemeiner Beliebtheit erfreut, so gestaltete sich die Feier zu einer Art Familienfest des Geschäfts, an welchem nebst dem gesamten Geschäfts- und Redaktionspersonal auch zahlreiche Gäste teilnahmen. Die Festfeier bestand zunächst in einem einfachen Festakte, der am Sonnabend früh in den Räumen, in denen der Jubilar thätig ist, stattfand. Der Arbeitsplatz desselben war mit Guir- landen dekoriert und herzliche Glückwünsche, die von sinnigen Geschenken begleitet waren, sprachen dem Jubilar die Gefinnungen seines Chefs und seiner Kollegen aus. Am Abend fand ein geselliges Bei- sammensein in der „Eintracht“ statt. Der Jubilar nebst Gattin und Tochter wurden beim Eintritt in den Saal von einem Doppelquartett der Druckerei mit dem Gesange begrüßt: „Das ist der Tag des Herrn“, worauf Herr Faktor Siegel dem Gefeierten unter einer Ansprache ein Festblatt und der Chef der Firma Herr H. Knittel unter entsprechender Rede die dem Jubilar von Großherzoge verliehene Silberne Medaille überreichte. Der Redner hob hervor, daß diese Auszeichnung nicht bloß dem, welchem sie zunächst galt, sondern dem ganzen Stande zur Ehre gereiche. Ernst und heitere Reden sowie treffliche Vorträge ließen die Zeit rasch verfließen und im Osten begann bereits der Morgen zu dämmern als die Festteilnehmer, um eine schöne Erinnerung reicher, sich auf den Heimweg begaben.